



## Bessere Luft und weniger Lärm

### Goethestraße wird Fahrradstraße

Die Goethestraße soll für Radfahrer\*innen sicherer werden. Die Stadtverordneten haben beschlossen, den Bereich zwischen Rudolphsplatz und Freiherr-vom-Stein-Straße als Fahrradstraße auszuweisen. „Das ist ein weiterer Schritt in Richtung einer fahrradfreundlichen Stadt“, sagte die verkehrspolitische Sprecherin der Grünen Eva Koch. Die Fahrradstraße leiste aus ihrer Sicht einen Beitrag zu besserer Luft und weniger Lärm im Straßenraum.

#### Für höhere Lebensqualität

„Um den Anteil des Radverkehrs in der Stadt zu erhöhen, müssen wir unsere Straßen für Radfahrer\*innen sicherer machen.“ Sie betonte, dass sich ihr Engagement nicht gegen Autofahrer\*innen richtet, sondern eine höhere Lebensqualität für alle in der Stadt zum Ziel hat.

Die Goethestraße ist eine wichtige innerstädtische Radverbindung in Ost-West-Richtung und wird tagtäglich von vielen Radler\*innen genutzt. Im Rahmen des Radverkehrskonzeptes soll die Ausweisung erfolgen. Sie ist ebenfalls im Verkehrsent-

wicklungsplan 2030 für die Stadt Kassel vorgesehen.

#### Grüne stehen zum Radentscheid

Eva Koch betonte im Rahmen der Debatte, dass die Grünen hinter den Zielen des Radentscheides stehen. „Sollte sich die rechtliche Einschätzung der Unzulässigkeit bestätigen, dann steht für uns Grüne fest, dass wir gemeinsam mit der Radinitiative andere Wege zur Umsetzung der Ziele finden müssen.“



Eva Koch

#### Hintergrund: Fahrradstraße

Radfahrer\*innen ist es auf Fahrradstraßen erlaubt, nebeneinander zu fahren. Kraftfahrer\*innen müssen sich so verhalten, dass sie Radfahrer\*innen nicht behindern oder sogar gefährden. Alle Fahrzeuge dürfen nicht schneller als 30 Stundenkilometer fahren.

## Sicherer Hafen

Die Grünen sind dafür, dass Kassel ein sicherer Hafen für Geflüchtete werden soll. Europa und Deutschland müssen ihrer Verantwortung bei der Seenotrettung gerecht werden. Daher fordern die Grünen, sich gegenüber der Bundesregierung bereitzuerklären, Menschen aufzunehmen. Weil es zu diesem Antrag noch Klärungs-

bedarf – auch innerhalb der Rathauskoalition – gab, die ausführlich erörtert werden sollen, wurde er zur Beratung in den Ausschuss überwiesen. Dort hofft man auf eine breite Mehrheit für das Anliegen. Das wäre ein weitergehendes Statement als die Resolution im vergangenen Jahr.

## Einfluss auf das Mikroklima

### Grünsatzung soll kommen

Wie gehen wir mit dem Grün in unserer Stadt um? Damit soll sich der Magistrat befassen und die Möglichkeiten und Grenzen prüfen, eine städtische Satzung zum Stadtgrün zu erstellen. „Gerade der vergangene, extrem heiße und trockene Sommer macht deutlich, wie notwendig Maßnahmen für die Klimaanpassung sind“, betonte die umweltpolitische Sprecherin Christine Hesse. „Wir brauchen geeignete Grünflächen, die einen positiven Einfluss auf das Mikroklima haben, die die Stadt im Sommer abkühlen und bei Starkregen den Abfluss des Wassers regulieren.“ Nun hat der Magistrat von der Stadtverordnetenversammlung den Auftrag erhalten, eine rechtssichere Lösung vorzulegen. „Dann findet anhand des Magistratsentwurfs die inhaltliche Debatte statt.“



Christine Hesse

#### Ja-oder-Nein-Entscheidung

Eine Bürgereingabe zum Thema Stadtgrün hatten die Stadtverordneten ablehnen müssen, sehr zum Bedauern von Jürgen Blutte, Sprecher für Bürgerbeteiligung bei den Grünen. „Leider bieten die aktuellen formalen Möglichkeiten im Umgang mit einer Eingabe nur die Entscheidung Ja oder Nein. Wenn also Formales nicht stimmt, lässt sich eine Eingabe nicht positiv abstimmen, auch wenn sie inhaltlich Zustimmung hervorruft.“ Bedauerlich sei auch gewesen, dass in den intensiven Gesprächen mit den Einreichenden im Vorfeld kein gemeinsamer Text gefunden werden konnte. Am Ende aber zählt: Die Grünsatzung ist auf den Weg gebracht und wird das Klima in Kassel verbessern.



Jürgen Blutte

# Gemeinsam entwickeln

## Interkommunales Gewerbegebiet Kassel-Calden

„Mit dem alten Flughafengelände in Calden haben wir eine Konversionsfläche mit dem Vorteil der interkommunalen Entwicklung“, sagte Dieter Beig,



Dieter Beig

wirtschaftspolitischer Sprecher der Grünen. Die Stadtverordneten sprachen sich für ein Interkommunales Gewerbegebiet Kassel-Calden aus. Außerdem übernimmt die Stadt Kassel von der Gemeinde Calden einen Geschäftsanteil an der Flughafen GmbH Kassel.

Laut Dieter Beig ist es nun möglich, mit Hilfe der Hessischen Landesgesellschaft (HLG) diese Fläche zu entwickeln und

dann zu vermarkten. Er betonte, dass die Stadt Kassel vom interkommunalen Gewerbegebiet ein Drittel der Gewerbesteuererinnahmen erhält.

### Weniger Konkurrenzdenken

„Trotz fehlender Regionalreform, die die Chance böte, weg vom Konkurrenzdenken um die Gewerbegebiete zu gehen, ist mit diesem Gewerbegebiet ein kleiner Schritt für die Region getan“, erklärte Dieter Beig. Weitere Gewerbegebiete müssen aus seiner Sicht interkommunal ausgewiesen und gemeinsam bewirtschaftet werden. „Weiterhin fehlen noch Kriterien, welche Gewerbegebiete für welche Gewerbe besonders geeignet sind. Das würde auch den Druck auf das Lange Feld minimieren.“

## NACHGEFRAGT

In der Fragestunde wollte Vanessa Gronemann wissen, wann mit der Umsetzung des Antrags „Europäische Städte-Koalition gegen Rassismus“ zu rechnen ist. Der Antrag war vor einem Jahr von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen worden. Sozialdezernentin Ilona Friedrich antwortete, dass aufgrund der Frage die zehn erforderlichen Kriterien analysiert und positiv bewertet wurden. Daher wird sich die Stadt darum bemühen, Mitglied der Koalition gegen Rassismus zu werden.

Eva Koch wies auf ein Angebot der Deutschen Verkehrswacht hin, bei dem unter der Bezeichnung „Eco Safety Trainings“ Fahrsicherheitstrainings angeboten werden, die sicheres, wirtschaftliches und umweltfreundliches Fahren unterstützen. Sie fragte, ob die Stadt Kassel solche Angebote für städti-

sche Bedienstete, insbesondere für diejenigen, die regelmäßig bei Dienstfahrten im Einsatz sind, nutzt. Oberbürgermeister Christian Geselle, sagte, dass sich alle Ämter mit Dienstwagen bzw. Einsatzfahrzeugen – also auch Feuerwehr, Stadtreiniger usw. – daran beteiligen.

Steffen Müller fragte nach, wie der Magistrat die Möglichkeit bewertet, die Parkzeiten für die Parkplätze im öffentlichen Raum, die mit **E-Ladesäulen** ausgestattet sind (z.B. am Karlsplatz) zeitlich zu begrenzen, um zu ermöglichen, dass die Ladesäulen intensiver genutzt werden können? Verkehrsdezernent Dirk Stochla sagte, dass an den aktuell 14 Standorten mit Beschilderung bereits darauf hingewiesen werde, dass Parkzeiten nur für den Ladevorgang genutzt werden sollen, eine tatsächliche zeitliche Begrenzung wird aber erst noch geprüft.

## Volker Zeidler neuer Stadtverordnetenvorsteher

Die Grüne Rathausfraktion gratuliert Volker Zeidler zur Wahl als Stadtverordnetenvorsteher. Er ist Nachfolger von Petra Friedrich, die aus persönlichen Gründen ihr Amt zum Jahreswechsel niedergelegt hat. Gemäß dem guten demokratischen Brauch, dass die stärkste Fraktion den\*die Vorsteher\*in stellt, hat die SPD Volker Zeidler vorgeschlagen, der auch über die Koalition hinaus mit 47 von 64 Stimmen gewählt wurde.



**Fraktion im Rathaus**  
Obere Königsstraße 8,  
34117 Kassel  
☎ 0561 787 1294,  
fraktion@gruene-kassel.de  
www.gruene-fraktion-kassel.de

## Parkordnung hilft

Parks und Grünflächen in Kassel sollen neue Parkordnungen bekommen. Darin soll geregelt werden, wann zum Beispiel die Nachtruhe gilt oder ob und wann Grillen erlaubt ist. „Städtische Parks sind sowohl Naherholungs- als auch Bewegungs- und Freizeitflächen. Sie haben enormen Einfluss auf die Wohnqualität“, machte die grüne Stadtverordnete



Awet Tesfaiesus

Awet Tesfaiesus deutlich. Sie wies auch darauf hin, wie wichtig es ist, die Anwohner von Parks zu berücksichtigen. „Für einen Ausgleich der unterschiedlichen Interessen braucht es diese Ordnung. Sie ermöglicht es, präventiv zu wirken.“

## Überflüssiger Antrag

Einen Antrag der AfD zu Präventionsmaßnahmen gegen Trickbetrug lehnte die Stadtverordnetenversammlung ab. Dr. Andreas Jürgens, rechtspolitischer Sprecher der Grünen, machte klar: „Der Antrag wurde bereits im Ausschuss diskutiert. Der Magistrat hat deutlich gemacht, dass alle geforderten Präventionsmaßnahmen – und noch viele mehr – bereits ausgeführt werden. Daher ist dieser Antrag so überflüssig wie die AfD. Wir leben in einem der sichersten und freiesten Länder der Welt und brauchen keine Stimmungsmache von der AfD.“



Dr. Andreas Jürgens

## Nachfolger\*in gesucht

Die Stadtverordnetenversammlung hat das formale Verfahren eingeleitet, um eine\*n neue\*n hauptamtlichen Beigeordnete\*n nachbesetzen zu können. Nach der Berufung von Anne Janz als Staatssekretärin ins Hessische Sozialministerium wurde die Stelle der Dezernent\*in für Jugend, Schule, Frauen und Gesundheit frei.



Anne Janz

Anne Janz war seit Februar 2004 dafür verantwortlich. Ziel ist es laut Dieter Beig, Fraktionsvorsitzender der Grünen, die Wiederbesetzung vor der Sommerpause zu erreichen. Die Dezernentinnen Ilona Friedrich (Bürgerangelegenheiten und Soziales) und Susanne Völker (Kultur) haben die Ämter interimweise aufgeteilt.